

heilsgeschichtliche Missionstheologie von der Inkarnation her und auf Eschatologie hin, aber er warnt vor der Versuchung unserer Zeit, das Heil zu sehr alttestamentlich als „Schalom“, als Fülle irdischer Vollendung zu verstehen, wie es der Missionsentwurf für Uppsala tut.

Nach diesen verschiedenen Stellungnahmen gibt Löffler „abschließende Reflexionen über eine ungelöste Frage“. Er faßt zusammen u. a. die gemeinsame Aufgabe der Christen, dabei zu helfen, daß eine Perversion des Säkularisierungsprozesses in einen weltanschaulichen Säkularismus verhindert wird. Die entscheidenden Leitgedanken für die Weiterarbeit sind danach folgende: 1. Der metaphysische Hintergrund der Mission hat sich in einen säkulareren gewandelt, die neue „technokratische Ära“ (von Leeuwen). Säkularisierung ist „der Rückzug des Denkens und Lebens aus der Beherrschung durch Religion (und daher auch von Metaphysik), und der Versuch, in diesen Bereichen in Begriffen zu denken und zu leben, die ihnen selber entnommen sind“. Allerdings dürfe nicht übersehen werden, daß die Säkularisierung nicht das Aufkommen neuer Religionen verhindert (Beispiel Japan und Lateinamerika). Daraus folgert Löffler, ohne der Analyse einer vorchristlichen Situation die korrespondierende Analyse einer nachchristlichen Verfallszeit entgegenzustellen: „Der säkularisierte Mensch scheint also nicht notwendig alle Formen religiöser Erfahrung zu verwerfen oder die Möglichkeit einer transzendenten Wirklichkeit ganz zu leugnen.“ Das habe auch Bonhoeffer nicht gemeint, als er feststellte, daß die Religion nicht mehr Basis und Integrationsmitte der Gesellschaft sei. Sehr problematisch erscheint die erste theologische Folgerung, daß sich in dem fleischgewordenen Jesus Christus „Gott selbst säkularisierte“.

2. Um zu erkennen, wo und wie der auferstandene Christus durch den Heiligen Geist in der Welt wirksam sei, bedürfe es einer „Theologie der Säkularisierung“. Dann könne man auch mit Nicht-Christen zusammenarbeiten, aus der Mitte der Dinge heraus, und versuchen, überall Schalom, konkretes Heil zu wirken. Mit Harvey Cox („Stadt ohne Gott“) meint Löffler, die christliche Mission müsse den säkularen Menschen annehmen, wie er ist. Aber mit dem Marxisten Garaudy hält er Cox vor, man dürfe nicht die entfremdenden, unmenschlichen Wirkungen der säkularen Prozesse übersehen, auch nicht die Wirklichkeit dämonischer Mächte verkennen, ein zentrales Thema der christlichen Mission. Merkwürdigerweise wird nicht versucht, den Sarx-Begriff von Paulus für die Analyse der Realität fruchtbar zu machen. Richtig ist die Forderung, für die christliche Mission in der modernen Welt [deren „Modernität“ eben sehr verschiedene, ja entgegengesetzte Züge aufweist] sei es entscheidend, sich darüber klar zu werden, ob sie eine korrektive Bewegung von innen her oder Zeichen für eine Krise des Menschen auf Tod und Leben ist, d. h., ob sie eine primär prophetische Funktion ausüben oder im traditionellen Sinn Evangelisation sein soll.

### *Eskalation zum Bösen*

3. Zum Schluß stellt Löffler das wesentlichste Problem. Die moderne Literatur weist im Gegensatz zu einer prophetisch-optimistischen Theologie deutliche Züge des Ernstes und der Gefährdung des säkularen Menschen durch seine offensichtliche Unvollkommenheit auf. Es droht eine Eskalation der Potenz zur Perversion und zum Bösen, zur Selbsterstörung, eine heute durch politische

Exzesse in jüngster Zeit erhärtete These. Die Technologie könne auch in ihren am meisten auf Humanisierung abgestellten Prozessen in Enthumanisierung enden. Auf Grund des Berichtes der Sektion IV der Weltkonferenz „Kirche und Gesellschaft“ regt Löffler an, der Technologie moralische Ziele und Grenzen zu setzen, darin einig mit den anhaltenden realistischen Warnungen von C. F. von Weizsäcker. Aber sind die Kirchen, auch wenn sie zu gemeinsamen Erkenntnissen und Handlungen finden, dazu fähig, ohne zugleich ihre Strukturen und ihre Sprache zu revidieren?

Die Veröffentlichung Paul Löfflers zwingt trotz des Fragmentarischen der Diskussion die ökumenische Arbeit in Uppsala zur Sache. Nur sollte Mission nicht mehr als „Heidenmission“ mißverstanden werden. Auch muß notwendig die Verschiedenheit der Situation des Zerbrechens religiöser Traditionen asiatischer und afrikanischer Völker auf der einen und die erschütterte pseudochristliche Massengesellschaft unter den technologischen Zwängen der westlichen Industriemächte auf der anderen Seite in die Analyse einbezogen werden, damit die Kirchen wissender auf klare Distanz zu ihren Herkunftsländern gehen. Sonst bleibt jede Diskussion um die christliche Mission ein theoretisches Experimentieren oder „unbekehrt“. Diese von Bischof Harms mit Grund empfohlene Veröffentlichung gestattet kein Zurück mehr in missionarische Phrasen oder theologische Konventionen.

## **Studentenschaft und Hochschulgemeinden der DDR**

Während sich die Welle weltweiter studentischer Proteste immer mehr ausbreitet, bleiben die Hinweise auf entsprechende Unruhen in der DDR spärlich. Aus den offiziellen Stellungnahmen zu den Studentenaktionen — besonders in der Nachbarschaft der DDR — läßt sich in letzter Zeit verstärkt eine kritische Distanzierung, ja Verurteilung von allzu radikalen Forderungen z. B. des SDS ablesen. Ostberlin und Moskau widmeten den Thesen Herbert Marcuses große Aufmerksamkeit, aus der Ablehnung und Befürchtung vor „Ansteckung“ der eigenen Jugend sprachen. Diese Motive müssen für die zuständigen Stellen so schwerwiegend sein, daß sie dafür sogar manche für die Propaganda sehr nützliche Elemente des Protestes nur zum Teil ausnutzten

### *Ansteckung befürchtet?*

Trotz aller Abwehrmanöver und äußerlicher Ruhe hat aber die Bewegung auch vor der DDR nicht Halt gemacht, auch dort sind „Hochschulreform“ und „Mitbestimmung“ inzwischen häufig gebrauchte Vokabeln. Demonstrationen, Streiks und Resolutionen im Westen wurden bisher von der Presse der DDR groß herausgestellt, im eigenen Bereich dagegen erst gar nicht zugelassen. Walter Ulbricht fand dafür am 13. März 1968 in seiner Antwort auf den „Bericht zur Lage der Nation“ von Bundeskanzler Kiesinger folgende Erklärung: „Wir in der Deutschen Demokratischen Republik haben schon 1945 damit begonnen, der Jugend die ganze Wahrheit zu sagen. Wir haben ihr alle Möglichkeiten der Entwicklung gegeben . . . Wir haben ihnen gesagt: Wir wollen neu beginnen! Wir müssen die Lehren aus der Geschichte ziehen! Und wir haben Vertrauen zu euch, daß ihr tüch-

tig zupackt und mitarbeitet, das neue Deutschland zu gestalten. Deshalb können wir uns heute auch fest auf unsere Jugend verlassen, die unseren Weg mit Erfolg weiter beschreiten wird.“

Ähnlichen Optimismus haben in der Vergangenheit andere Länder gegen teilweise bittere Erfahrung eintauschen müssen. Schon jetzt sprechen im übrigen manche Tatsachen gegen eine solche Beurteilung der Haltung der DDR-Jugend. Wer außerdem die geringen in der neuen Verfassung garantierten Möglichkeiten für Demonstration und Opposition kennt, muß eher zum Schluß kommen, daß man angesichts überall wachsender Kritik die fast unverständliche „Grabesstille“ in der DDR nur „als Ergebnis maximaler Repression eines äußerst wachsamem, altväterlichen kommunistischen Regimes“ („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 5. 6. 68) erklären kann.

Sah man in der Vergangenheit den Gegner, der schädlichen Einfluß auf die Jugend ausübt, nur im Westen, so muß man jetzt zusätzlich „Gefahren“ aus sozialistischen Nachbarländern entgegentreten. Vor einiger Zeit galten Beat-Musik und Gamlertum als typisch für „ganze Horden von dreckverkrusteten Zerrbildern des Menschengeschlechts zwischen Tokio und Westberlin“, die als „Opfer der Ideologie des Kapitalismus, aber insofern natürlich auch deren Verkörperung und sogar deren Verbreiter“ von Bonn benutzt würden, um „die Flut transatlantischer Unkultur über die Grenzen unserer Republik schwappen zu lassen“ („Junge Welt“, Organ des Zentralrats der FDJ, 13. 1. 68).

Schon damals wurde darauf hingewiesen, daß man in der DDR „Nachäffer“ dieser Jugendlichen nicht dulden könne: „Deshalb müssen wir nicht nur auf, sondern besonders in ihren Köpfen einiges verändern.“ Inzwischen ist man bemüht, die Jugend von den Liberalisierungstendenzen in der ČSSR und den maoistischen Tendenzen westlicher Gruppen fernzuhalten. Dabei ist interessant, daß zuweilen ähnliche „Therapievorschläge“ gegen das Aufbegehren der Jugend auftauchen wie im Westen, wenn z. B. die FDJ-Zeitschrift „Forum“ (Nr. 21/1967) schreibt: „Man muß in unserer Jugend den Glauben an unseren Staat festigen, nicht als an ein erstarrtes, der Zuversicht sich hingebendes Schema, sondern als an einen lebendigen, kämpferischen Organismus.“

### „Antiutopische“ Propaganda

Gleichzeitig verstärkten sich die Bemühungen um die ideologische Unterweisung, um den Kampf für „reinen Marxismus“ und gegen die „moderne Robinsonade“ in den „utopischen“ und „anarchischen“ Ideen Marcuses sowie gegen die Prager „Aufweichungen“. Bereits in der Vergangenheit hatte es nicht an Klagen über den geringen Erfolg des gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums gefehlt: „Sobald wir den Eindruck zulassen, das vermittelte Wissen sei der Marxismus, abgeschlossen und vollendet, haben wir unsere Philosophie kompromittiert. Der Student ist fertig mit dem Marxismus und sucht andere Wege ...“ („Forum“, Nr. 3/1966). Heute könnte ein solcher Weg u. a. vom SDS und seiner Ideenkombination (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 228) gewiesen werden, von jener Gruppe also, in deren Reihen viele „Republikflüchtlinge“ anzutreffen sind und die verächtlich von dem „stalinistischen Bürokratenystem“ der DDR spricht.

Bisher hat dieses „Bürokratenystem“ es zwar verstanden, die Werke Maos, Marcuses sowie Schriften des SDS

den Studenten vorzuenthalten, jedoch bleiben Proteste und Aktionen verschiedener Studentengruppen deshalb nicht aus: Ende Mai demonstrierten Studenten zusammen mit Leipziger Bürgern gegen den Abbruch der Universitätskirche, in Berlin versuchten Studenten der Humboldt-Universität im März, auf hektographierten Flugblättern von der SED unterdrückte Nachrichten über die Vorgänge in Warschau und Prag zu verteilen, in Leipzig und Dresden forderten Studenten verstärkte Sprachkurse in Englisch und Französisch, in Halle und Berlin verlangten sie auf Kundgebungen mehr Mitspracherecht. Wegen der Proteste in Leipzig und der Flugblätter in Berlin soll es zu zahlreichen Exmatrikulationen und Verhaftungen gekommen sein — ebenso wie bereits im vorigen Jahr in Rostock und Dresden. Damals hatten bei der Ostseewoche einzelne Jugendliche (verbotene) „Mao-Bibeln“ geschwenkt bzw. sich gegen die nächtelange Ruhestörung durch deutsche und sowjetische Panzer, die vor den Dresdener Studentenheimen die Parade zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution probten, mit Flaschen und Äpfeln gewehrt...

Wie sehr die Möglichkeit eines Übergreifens des Demonstrations-Funkens gefürchtet wird, machen zwei Beispiele deutlich: Im März versagten die zuständigen Stellen Ostberliner Studenten die Genehmigung für eine Vietnam-Demonstration, obwohl diese von der politischen Linie her sicherlich erwünscht gewesen wäre. Und aus der Rede eines Studentenvertreters der Martin-Luther-Universität in Halle im gleichen Monat ließ „Neues Deutschland“ bei der Wiedergabe die Passage „mit Transparenten auf der Straße“ einfach weg. In der Rede hatte es u. a. geheißt: „Manche meinen, man müßte sich lange Haare und Bärte wachsen lassen und in Kellern über einen abstrakten Freiheitsbegriff diskutieren, um in die philosophischen Tiefen des Lebens einzudringen, aber ich möchte sagen, daß das Problem für uns darin besteht, unsere sehr konkrete Freiheit dort, wo wir arbeiten, in den Laboratorien, in den Hörsälen, zu nutzen, um unserem Auftrag gerecht zu werden, und nicht als zornige junge Leute mit Transparenten auf der Straße irgendwelche nicht konstruktiven Forderungen oder Feststellungen von uns zu geben.“ Am 1. Mai allerdings war in Ostberlin ein Transparent mit der Aufschrift „Wir sind einig mit Dutschke“ zu sehen.

### Reformwünsche und Widerstände

Die konstruktiven Forderungen, die die SED in gewissem Umfang zuläßt und aufgreift — während sie von den Ordinarien vielfach angegriffen werden — betreffen direkt die Hochschulreform. Seit 1965 steht dieses Problem auch in der DDR immer wieder auf dem Programm. War im „Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem“ vom 25. Februar 1965 der Rahmen dafür abgesteckt, so bemühte man sich ab Januar 1966 mit Hilfe der „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“ um eine Verwirklichung der Einheit von wissenschaftlicher Ausbildung, sozialistischer Erziehung und wirtschaftlicher Erfordernisse. Bei der Vierten Hochschulkonferenz Anfang Februar 1967 berieten 600 Delegierte über die ersten Erfahrungen, am 19. und 20. April 1968 untersuchten 400 „Schrittmacher der Studenten und Hochschullehrer“ auf einer FDJ-Hochschulkonferenz in Dresden den augenblicklichen Stand der Hochschulreform. Im Gegensatz zu 1967 tauchten nun wiederholt Forderungen nach mehr „Mitwirkung und Mitbestimmung“ der

Studenten auf. Hieß es 1965 in § 58 des Gesetzes noch: „Die Studenten nehmen ihr Recht zur Mitbestimmung durch ihre gesellschaftliche Organisation, die Freie Deutsche Jugend, wahr“, deren Vertreter „mit Sitz und Stimme an der Arbeit der leitenden Gremien der Universitäten und Hochschulen“ teilnehmen, so waren inzwischen von der FDJ weitergehende Forderungen gestellt worden: So wollen sie z. B. in beschlußfassenden Gremien „30 Prozent der stimmberechtigten Mitglieder“ stellen, eine Verbesserung der Qualität der Vorlesungen, die immer noch „zu 80 Prozent Stoff vermittelt und nur zu 20 Prozent zum Denken anregt“. Sie wollen nicht von „Fachidioten“ ausgebildet werden und wünschen eine Änderung der Prüfungsbestimmungen. Diese Forderungen, die im wesentlichen denen westdeutscher Studenten gleichen, sind bisher kaum berücksichtigt worden und können auch nur von der einzigen studentischen Interessenvertretung bzw. politischen Gruppe, der FDJ, vorgetragen werden. Diese scheint sie im Rahmen der ihr im § 58 zugestandenen Kompetenzen zu verstehen und zu vertreten, aber gerade mit Hinweis auf dieses doch schon bestehende Mitspracherecht wurden bisher die meisten ihrer weitergehenden Forderungen beantwortet. In einem Bericht der FDJ-Gruppe der TH Magdeburg scheint sich dann auch bereits ein Rückzieher abzuzeichnen: „Um Mißverständnissen vorzubeugen: Die FDJler entscheiden nicht über die Profilierung der Hochschule, sondern sie erarbeiten in ernsthafter Diskussion den Standpunkt der Studenten“ (vgl. „Deutsche Fragen“, Juni 1968).

Die wirkliche Reform betrifft den Aufbau des Studiums und die Stellung der Universität in der Gesellschaft. Durch Rationalisierung und Intensivierung strebt man eine Verkürzung der Studiendauer an. Programmierung und Datenverarbeitung sollen dabei ebenso helfen wie die allgemein eingeführte Einteilung des Studiums in Grund-, Fach-, Spezial- und Forschungsstudium. „Wissenschaft als unmittelbare Produktivkraft“ verlangt außerdem eine stärkere Verzahnung von Theorie und Praxis, konkrete Forschungsaufgaben und eine enge Zusammenarbeit mit volkseigenen Betrieben. Als Muster dafür gilt inzwischen die Friedrich-Schiller-Universität Jena, deren Arbeit in großen Teilen auf das Kombinat „Zeiss Jena“ ausgerichtet ist.

Die Geisteswissenschaften wurden neuerdings stark in den Hintergrund gedrängt, während lange gemiedene bzw. vernachlässigte Gebiete wie Psychologie, Kybernetik und Soziologie eine große Aufwertung erfahren. Verschiedene Modelle, u. a. die Auflösung der traditionellen Fakultäten und Einführung von Abteilungen sowie Ablösung des Akademischen Senats durch einen „Gesellschaftlichen Rat“, befinden sich in der Erprobung. Für den einzelnen Studenten, der im Direkt-, Fern- oder Abendstudium an einer der sieben Universitäten oder zahlreichen Fach- und Hochschulen arbeitet, ändert sich zunächst dadurch noch nicht allzuviel. Die obligatorischen „Gesellschaftswissenschaften“ (Gewi) begleiten ihn auch weiter durch das Studium. Hochschul- oder Fachrichtungswechsel bleiben in der Regel unmöglich. Die Zulassungsbedingungen haben sich ebenfalls nicht geändert: Neben fachlicher Leistung und einer guten Aufnahmeprüfung sind eine positive gesellschaftliche Beurteilung, anerkannte gute politisch-moralische Grundhaltung sowie die Bereitschaft zur Verteidigung der DDR unbedingt erforderlich. Der bestimmende Einfluß der FDJ bleibt erhalten in den Seminargruppen, in den Studentenheimen, in denen mehr

als 50 % der Studenten wohnen, bei den Arbeitseinsätzen sowie bei der Stipendienvergabe, die ca. 90 % aller Studenten betrifft.

Völlige politische Enthaltbarkeit außerhalb des unbedingt erforderlichen Rahmens ist häufig die Folge der ständigen ideologischen Unterweisung und des in der FDJ ausgeübten politischen Mandats. Besonders seit 1961 schwankt jedoch bei vielen Studenten die Einstellung zwischen innerlicher Ablehnung der FDJ-Vertretung und teilweiser aktiver Mitarbeit.

### *Rückwirkungen in den Studentengemeinden*

Auch für die kirchlichen Studentengemeinden bedeutete der 13. August 1961 einen Einschnitt. Seither beginnt eine Neubesinnung, die für den evangelischen Bereich mit der heftig umstrittenen Erklärung von 1967, „daß die Evangelischen Studentengemeinden in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) und in der Deutschen Demokratischen Republik als zwei selbständige Bewegungen an die Stelle der bisherigen Evangelischen Studentengemeinde in Deutschland treten“, nur ihren äußeren Ausdruck fand.

Die Evangelischen und Katholischen Studentengemeinden (ESG und KSG) in der DDR stellen die einzigen Vertretungen der christlichen Studenten dar. Einzelne Gruppen oder Verbindungen sind ebensowenig zugelassen wie Veranstaltungen der Gemeinden außerhalb kirchlicher Räume. Der Zusammenhalt wird bisher hauptsächlich durch wöchentliche Vorträge sowie durch die Persönlichkeit des Studentenpfarrers gewährleistet. Für viele Studenten, die aus ihren Heimatgemeinden in die Universitätsstadt kommen, bietet sich hier die Gelegenheit, in einem meist kameradschaftlichen Kreis für die Dauer des Studiums eine neue Gemeinde kennenzulernen und in ihr mitzuarbeiten.

Doch auch in den Studentengemeinden der DDR vollzieht sich allmählich ein Wandel. „Noch immer sind gerade auch unsere Studentengemeinden gemütliche Etappen — Ruheposten — warme Nester, in denen wir uns ein geistiges Luxusleben gönnen und uns für eine bessere und ruhigere Zeit zu bewahren hoffen“, kritisierte im vorigen Jahr ein katholischer Jungakademiker. Hier zeigt sich also wie in der Bundesrepublik das Bestreben, eine katholische Gettohaltung aufzugeben, von einer Privatisierung der Religion zur Offenheit für die Probleme der Gesellschaft und der Welt zu kommen. In vielen Berufszweigen — speziell der sozialwissenschaftlichen und pädagogischen Richtung — sahen sich die Gemeindemitglieder gezwungen, sich zurückzuhalten, da es unmöglich erscheint, die dabei gestellten Aufgaben ohne ständige Belastung und Auseinandersetzung zu erfüllen. Hier mußte man also das Feld räumen. Doch gibt es andere Berufe und Gebiete, wo man ähnlich verfuhr, ohne in der entsprechenden Zwangslage zu sein. Inzwischen glaubt man, Möglichkeiten, ja Chancen zu sehen, auch als Christ aktiv mitarbeiten zu können. Zur Zeit ergibt sich jedoch das erstaunliche Bild, daß etwa die Mehrzahl der katholischen Studenten in naturwissenschaftlichen und medizinischen Fakultäten anzutreffen ist. Die Frage, die man sich angesichts der verhältnismäßig geringen Vertretung katholischer Studenten in der Bundesrepublik in diesen Fächern stellte, ob die Katholiken dafür nicht disponiert oder von der Kirche her eine falsche Einstellung dazu mitbekämen, scheint damit wenigstens teilweise beantwortet zu sein.

Die seit längerer Zeit geführte innerkirchliche Diskussion über ein verstärktes Engagement im Staat hat mittlerweile sogar dazu geführt, daß in den Studentengemeinden die Zahl der Pädagogikstudenten beträchtlich zugenommen hat. In einer Untersuchung heißt es dazu, „eine pauschale Warnung vor diesem Studium sei ebenso wenig angebracht wie eine leichtfertige Ermunterung“. Die gleiche Untersuchung macht die vielfache Neubesinnung — im katholischen Bereich sicherlich beeinflusst durch das Zweite Vatikanum und den Dialog — deutlich und nennt als wichtige Aufgaben der katholischen Studentengemeinden u. a.: „Vorbereitung der Neumatrikulierten auf die besonderen Aspekte des Hochschulstudiums und die Supplierung der an der Universität größtenteils ausgesparten Momente des akademischen Berufsbildes“, „Ermahnung der Gemeindeglieder, auch den Marxismus ernsthaft zu studieren . . . Wir sind nur dann redlich, wenn wir uns um Sachkenntnis der ideologischen Hintergründe bemühen. Wenn wir die uns gebotene Chance zum Studium des Marxismus wahrnehmen, wird es auch für manche Ideologen schwieriger sein, einzelne Studenten wortgewandt zu übertölpeln, zögernden Kommilitonen verhüllte Bekundungen abzulisten oder Fragesteller mit Scheinargumenten abzuspiesen.“ Außerdem wird auf die Möglichkeit einer erfolgreichen Mitarbeit in den Seminar-FDJ-Gruppen hingewiesen, wodurch der „Studienablauf begrenzt beeinflusst werden“ könne, z. B. durch Niveaueausgleich in den Gruppen und Solidarität mit Angegriffenen. Gewarnt wird vor der Gefahr „einer latenten Schizophrenie in ‚Universitäts-Bewußtsein‘ und ‚Gemeinde-Bewußtsein‘“. Hier sei es dringend geboten zu erklären, „daß der Student, wenn auch nicht immer direkt mit seinen Fachkenntnissen, so doch mit seiner wissenschaftlichen Qualifikation in der Kirche, in der Gemeinde einen Dienst versehen kann“. In der Forderung nach besserer Information, nach „Beobachtungen über Trends und Wandlungen in der Bewußtseinsbildung sowie über das Kirchenbild der Atheisten“ und nach „fachwissenschaftlichen Gutachten zu Problemen, die theologisch aufzuarbeiten sind“, stimmen sie überein mit einer kleinen aktiven, aus der Studentengemeinde Halle hervorgegangenen Gruppe von Jungakademikern, die seit 1966 u. a. stärkere Mitarbeit und Eigenverantwortlichkeit der Laien fordern, den „theologischen Bildungsnotstand“ der DDR-Katholiken beklagen und durch verstärkte Information erste Abhilfe schaffen wollen. Diese Gruppe, die auch „beunruhigt ist über den geistigen Stillstand und die Gelassenheit der katholischen Kirche in der DDR angesichts der Konzilsaussagen“ und „beunruhigt darüber, welche religiöse Naivität und geistige Anspruchslosigkeit dem Laien der DDR zugemutet wird . . . und wie unrealistisch die Kirchenleitungen das Informationsbedürfnis des Christen in der DDR einschätzen“ (diese Kritik bezieht sich auf eine Untersuchung des Leipziger Kirchenblattes „Tag des Herrn“), wird voraussichtlich in Zukunft gerade unter den Jungakademikern verstärkt Zustimmung und Anklang finden, besonders weil sie reformerisch orientiert ist, ohne sich wie die Gruppe um die „Berliner Konferenz“ (vgl. ds. Heft, S. 338) zu kompromittieren.

Von einer „politischen Theologie“ oder „Theologie der Revolution“ ist kaum etwas zu hören. Die Probleme der „Dritten Welt“ sind schon allein wegen der geringen Informationsmöglichkeit zunächst einmal zweitrangig, wenn

sich auch allmählich — wie z. B. bei der diesjährigen Kollekte „Not in der Welt“ — eine Änderung abzeichnet.

Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, daß zwar kein direktes Echo auf die Tätigkeit der Gemeinden an den Hochschulen wahrnehmbar sei, ja daß die Gemeinden weder ein hochschulpolitischer Faktor sein können noch wollen, daß sie jedoch die Möglichkeiten haben und nutzen sollten, „Gesprächsraum für die Korrektur der gängigen Philosophien zu schaffen und kritisches Bewußtsein wachzuhalten, die Flucht in den Opportunismus zu entlarven und die Resignation zu überwinden und schließlich den Glauben einzuüben, daß die Welt nicht erst durch ein eschatologisches Wunder verändert wird, sondern auch unserer Sorge zugewiesen ist“.

## Vietnams Katholiken in schwerer Entscheidung

Die Aufnahme der Pariser Vorverhandlungen zwischen den Vertretern der USA und der Regierung von Nordvietnam über eine Deeskalation des Krieges in Vietnam oder über einen Waffenstillstand, vom Frieden noch zu schweigen, hat die Katholiken in Südvietnam vor eine äußerst ernste Entscheidung gestellt. Nicht nur ihre menschliche Existenz, auch der Fortbestand der katholischen Kirche, jedenfalls in ihrer derzeitigen Form, steht auf dem Spiel. Nur ein ungewöhnliches Maß an Klugheit, Mut und christlicher Aufgeschlossenheit könnte die in jedem Falle opferreiche Entscheidung bewältigen. Aber verschiedene Umstände haben es bisher verhindert, daß diese Katholiken zur Erkenntnis der politischen, sozialen und auch kirchlichen Tatsachen geführt wurden.

Mit insgesamt ca. 1,7 Millionen Gläubigen bei einer Gesamtbevölkerung von 16 Millionen, meist Buddhisten verschiedener Prägung, bilden die Katholiken eine, freilich hervorragend organisierte, Minderheit. Ihr politisches Gewicht bei der derzeitigen Regierungsform ist wesentlich größer. Präsident Thieu ist seiner Frau wegen konvertit, die Hälfte der Sitze im Senat nehmen arrivierte und meist auch wohlhabende Katholiken französischer Kulturerziehung ein, im Parlament sind es etwa ein Drittel. 30—50 v. H. der südvietnamesischen Elitetruppen bestehen aus Katholiken, das Offizierskorps sogar bis zu 50 v. H. Kommt hinzu, daß die überwiegende Mehrheit dieser Katholiken aus Nordvietnam geflüchtet ist, als die Franzosen 1954 abziehen mußten. Sie sind besonders „hart“ gegenüber den roten Nordvietnamesen, von denen sie nur die Verfolgung erwarten, und sie sind auch besonders gut organisiert, teilweise sogar in etwa 100 Wehrdörfern angesiedelt, wo sie unter Leitung ihrer einheimischen Priester buchstäblich das Leben von „Festungskatholiken“ führen und mit dem Rücken gegen die Wand um ihr Leben kämpfen wollen, immer auf ein Wunder hoffend.

Dies alles zusammen zeigt, daß „die Katholiken“, wenn man von einer Differenzierung absieht, die im folgenden dargestellt werden soll, ein beträchtlicher Hemmschuh für die derzeitige Regierung sind, falls diese von den amerikanischen Beschützern zu Kompromißverhandlungen mit der Nationalen Befreiungsfront, dem Vietkong, geführt werden sollte, nach Aussage von U Thant nicht einfach eine kommunistische als vielmehr eine sozialreformerische und nationalistische Kampfbewegung, die auch um ihre Unabhängigkeit vom Norden besorgt ist. Wie auch immer